

Votum von Patrick Blöchlinger (SD) vom 19. Dezember 2012, Postulat Ueli Brassler (SD) betr. Meldepflicht von Behörden bei illegalem Aufenthalt

Herr Präsident
Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Die Zahl der ausländischen "Schwarzwohner", die zum Teil jahrelang ohne Aufenthaltsbewilligung hier bleiben, ist nicht bekannt, aber es sind in der Stadt Zürich ohne Zweifel Tausende von Personen. Der illegale Aufenthalt ist kein Bagatelldelikt. Wer "schwarz" im Land ist, beansprucht unsere Infrastruktur, bezahlt aber keine Steuern und ist Teil einer unerwünschten Schattenwirtschaft. In grossen Städten ist das Problem besonders akut, weil die Illegalen in der Masse der Menschen aus allen Ecken der Welt kaum auffallen. Gerade bei uns unternehmen aber die Behörden leider fast nichts, um die "Schwarzbürger" aufzuspüren und heimzuführen. Viele Politiker hängen der naiven Idee nach, dass doch einfach jeder, der das will, nach Zürich kommen soll – und wundern sich dann über Wohnungsknappheit, überlastete Verkehrsinfrastruktur und Integrationsprobleme. Andere beschäftigen vielleicht selber illegale Aufenthalter bzw. nützen diese kräftig aus und wollen deshalb nichts tun, damit diese entdeckt und repatriiert werden.

Dabei wäre das relativ einfach zu bewerkstelligen. Auch wer unerlaubterweise im Land ist, nimmt früher oder später öffentliche Dienstleistungen in Anspruch, die nicht anonym erbracht werden. Solche Leute haben z.B. Kinder, die eingeschult werden müssen (auch weil sonst auffallen würde, dass sie nie zur Schule gehen), oder sie müssen ins Spital. Darauf haben auch Illegale Anspruch. Unverständlich ist aber, dass bei solchen Gelegenheiten nicht routinemässig der Aufenthaltsstatus überprüft wird und Verwaltungsstellen nicht verpflichtet sind, Personen ohne legalen Aufenthalt dem Migrationsamt oder der Polizei zu melden. Datenschutz ist ja schön und recht, aber er darf nicht dazu führen, dass innerhalb der Staatsorganisation die linke Hand nicht weiss, was die rechte tut. Sein Zweck besteht nicht darin, rechtswidriges Verhalten zu decken. Wenn man nur schon die Datenbestände kommunaler Behörden wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk, Schulen etc. systematisch abgleichen würde, würden rasch viele Illegale ans Licht gezerrt. Sinnvollerweise sollte man auch die Daten von Sozialversicherungen, Post etc. einbeziehen – dann wäre es praktisch nicht mehr möglich, jahrelang als eingeschlichener Trittbrettfahrer bei uns zu leben.

Solche Eindringlinge müssen rasch entdeckt und entfernt werden. Wenn sie erst nach zehn Jahren auffliegen, geht regelmässig das Gejammer los, dass die Fatima oder der José doch schon so gut integriert seien und eine Heimschaffung "unmenschlich" sei. Dabei haben sie die ganze Zeit

gewusst, dass sie in der Schweiz und in Zürich nichts verloren haben. Damit das aufhört und die Zustände nicht noch schlimmer werden, muss endlich gehandelt werden. Das vorliegende Postulat ist ein erster Schritt dazu.

Unser Postulat wurde leider mit 24 gegen 93 Stimmen abgelehnt.